№ 1134. Donnerstag, den 23. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

(W. T. B.) **Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.**

Paris, 22. Januar. Der heutige „Moniteur" bringt einen Bericht Fould's über die Finanzlage in Verbindung mit dem Budget. Die gewöhnlichen Ausgaben des Jahres 1863 werden eine Vermehrung von 70 Millionen gegen das Jahr 1862 herausstellen. Der Effektivbestand der Armee, welcher im Jahre 1861 467,000 war, soll bis auf 400,000 zurückgeführt werden; augenblicklich ist derselbe schon auf 446,000 Mann reducirt. Das Marinebudget wird 168 Mill. betragen. Die Einnahmen sollen um 50 Mill. vermehrt werden durch Steuern auf Pferde und Luxus-Equipagen und durch Vermehrung der Stempelsteuer für Eintragungen. Die Steuer für durch die Post gesandte Werthsachen soll auf 1 pCt. herabgesetzt werden.

Der Bericht sagt: Die Decouverts betragen augenblicklich 1008 Millionen. Man muß die Friedenszeit benutzen, um dahin zu gelangen, ohne zu einer Anleihe seine Zuflucht zu nehmen, die Decouverts zu vermindern. Der Bericht constatirt, es sei wünschenswerth zu einer Vereinfachung der Schuld zu gelangen, indem man den Besitzern der 4½% dieselbe Rentensumme in 3% Rente gebe mittelst Zahlung an den Staat; ein Ausgleichung bliebe zu bestimmen: die Conversion würde facultativ sein. Der Bericht geht dann zu dem außerordentlichen Budget über. Die disponibeln außerordentlichen Fonds betragen 67¼ Million; sie sind für die Eisenbahnarbeiten und für andere zum öffentlichen Nutzen erforderliche Unternehmungen unzureichend. Der Finanzminister wird die Legislative auffordern, zeitweise die Steuer auf Salz um 10 Centimes per Kilogramm zu erhöhen, was 33 Mill. einbringen werde, und zeitweise die Steuer auf Zucker auf 42 Frcs. wieder zurückzuführen, was ungefähr 29 Mill. ergeben und gestatten würde, 130 Mill. für das Extraordinarium zu beschaffen. Das Budget von 1863 würde sich durch Ueberschüsse von Einnahmen decken.

Paris, 22. Januar, Mittags. Die Rente begann zu 69, 95 und fiel auf 69, 75, Credit mobilier auf 712. Die Stimmung war eine sehr matte.

London, 22. Januar. Die heutige „Times" enthält einen Artikel (gestern bereits auszüglich mitgetheilt), welcher die energische Initiative, die Spanien bei der Intervention in Mexiko genommen, billigt. Die „Times" sagt, es sei jedoch sicher, daß, wenn die Operationen vollständig im Zuge seien, Frankreich die Leitung der Expedition übernehmen würde, da es allein beträchtliche Truppencorps nach Mexiko schickt. Es sei wahrscheinlich, daß die Stadt Mexiko einige Zeit besetzt werden würde, wenn aber das Resultat so glücklich als in Syrien ausfiele, so würde die Welt Grund haben, vollkommen zufrieden zu sein. In allen Fällen würde Frankreich auf unsere Unterstützung in seinen Anstrengungen, die Ruhe wieder herzustellen, rechnen können. Selbst wenn die französische Occupation von Mexiko ein oder zwei Jahre dauern sollte, würde diesseits keine Unzufriedenheit bestehen.

„Morning-Chronicle" hält die Nothwendigkeit einer englisch-französischen Intervention in Amerika aufrecht, um die Zerstörung der Südhäfen zu verhindern und um den Krieg zwischen den Kriegführenden zu inhibiren.

London, 22. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Newyork vom 10. d. ist die Bundesexpedition nach dem Missisippi bereit Cairo zu verlassen; ein Theil der Expedition ist bereits nach dem Süden abgegangen.

London, 22. Januar, Nachmi tags. Nach hier eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 11. d. hat General Burnside Anapolis verlassen. Es war daselbst das Gerücht verbreitet, daß mehrere Divisionen diese Expedition, deren Bestimmung noch unbekannt war, verstärken sollen. Das von dem Congresse erwählte Comité hat vorgeschlagen, 150 Millionen Dollars durch Steuern im Laufe dieses Jahres zu decken. Den Streitkräften der Union unter den Generälen Frank und Bill ist die Aussicht eröffnet worden, gegen Orleans zu marschiren.

Hannover, 22. Januar. Ständeversammlung. Präsidentenwahlen. Die erste Kammer wählte Trampe, die zweite Heise. Die Regierung beansprucht 680,000 Thlr. für die Göttinger-Gotha-Bahn.

Petersburg, 22. Januar. Die Zeitung der Academie meldet, daß die Universitäts-Commission ihre Arbeiten beendet habe und daß das Ministerium mit drei hochwichtigen Vorschlägen, betreffend die Universitäten, Gymnasien und die Universität in Petersburg beschäftigt sei.

Ragusa, 21. Januar. Bucalowich hat bei seiner Rückkehr von Cettinje für mehrere Ortsvorsteher Decorationen mitgebracht.

Der französische Consul in Scutari, Hecquard, ist nach Damascus versetzt worden.

Turin, 21. Jan. Nach Berichten aus Rom vom 19. Jan. sollte am 18. bei Gelegenheit des Festes des heil. Petrus eine klerikale Kundgebung daselbst erfolgen. Dieselbe ist jedoch vollständig gescheitert. Statt dessen fand eine überaus glänzende Kundgebung im nationalen Sinne statt. Man erblickte zahlreiche dreifarbige Fahnen mit den Inschriften: „Es lebe die freie Kirche im freien Staate. Der Papst ist nicht König; es lebe Victor Emanuel, Italiens König!" Am Abende flammten an vie en Orten dreifarbige Feuer. Bie Bevölkerung war sehr erregt.

Deutschland.

△ Berlin, 22. Januar. (Zur Adreßfrage.) Die deutsche Fortschrittspartei hat sich in drei Sitzungen mit 55 gegen 20 Stimmen entschieden, keine Adresse zu beantragen, resp. einem betr. Antrage anderer Fractionen zu opponiren. Die Partei war darüber einig, daß ihr Programm keine Wiederholung in der Adresse und in deren Debatten bedürfte, daß die brennenden Fragen seien: die Stellung des Herrenhauses zum Lande, die deutsche Frage, die Militär-Reorganisation, und in allen die Partei mit Gründlichkeit und Besonnenheit entschieden zu richtiger Zeit auftreten müsse. Die Meinungen gingen nur über das Wann auseinander, es fragte sich ob man den Ansichten der Partei resp. des Volkes, soweit es hinter der Partei steht, schon jetzt in einer Adresse und deren Debatte oder erst zu geeigneter Zeit in Einzel-Erörterungen und Resolutionen den Ausdruck im Hause der Abgeordneten und dessen Beistimmung zu suchen habe, zumal die Regierung keine Adresse wünsche und deshalb die Partei Grabow (Nachfolger), eine Adresse nicht beantragen werde. Diejenigen, welche den Erlaß einer Adresse wollten, führten dafür an: 1) daß das Land eine solche erwarte; 2) daß die Erwähnung „ernster Zeiten" in der Thronrede eine Antwort mit deren Darlegung und Kritik der 3jährigen Aera erfordere; 3) daß der Schluß der Thronrede die Fortschrittspartei angreife, daher diese die Wahlbewegung zu rechtfertigen und ihre loyale Stellung zur Krone und Regierung zu erläutern habe; 4) daß die Thronrede die große Reformgesetzgebung von Stein officiell anerkenne und daher die Kammer dies acceptiren und die Consequenzen ausdrücken müsse; 5) daß die Stellung des Herrenhauses, welche die Kammer zum Leerenstrohdreschen verdamme, eine sofortige Bitte an die Krone erheische; 6) daß ein preußisches Abgeordnetenhaus die Nothwendigkeit eines deutschen Parlaments und einer deutschen Centralgewalt öffentlich vor Europa verkünden und so auf die europäische Tagesordnung setzen müsse; 7) daß der Einheitsmangel im Ministerio aufgedeckt werden müsse. — Die Gegner einer Adresse behaupteten: 1) das Land habe in den Wahlen gesprochen und wünsche keine Adreßdebatten, keine Schönrederei, vielmehr erwarte es Thaten in einer volksthümlichen Gesetzgebung mit Besonnenheit wie Gründlichkeit; 2) eine Adresse, wie sie schließlich die Kammer feststelle, würde der öffentliche Ausdruck der Meinung des Landes sein, und doch sei sie in ihrer Phraseologie Niemanden recht, sie sei nichts Gründliches, kein parlamentarischer Kampf, sondern ein verfrühtes Verschießen des Pulvers, durch das Zuviel- und Zuallgemein-Fordern so unnütz wie schädlich; sie kläre zwar die Parteien, aber sie spalte sie noch mehr, wogegen die spätere Specialinitiative in den Kernfragen an Gründlichkeit und Einstimmigkeit gewinne und gewiß die richtigen Zeitpunkte wie Ziele suchen und finden könne. 3) Die Thronrede sei milde, versöhnlich, sie erheische keine Proteste; eine entschiedene Gegenantwort über das, was uns vermeintlich fehle und retten solle, führe unnütz und verfrüht zu Conflicten mit der Regierung und mit der ministeriellen Partei. 4) Die Herrenhausfrage sei lediglich Sache der Krone und könne nur, wenn wirklich wieder volksthümliche und nothwendige Reformen am Herrenhause scheiterten, Grund zu einer Bitte an die Krone geben; 5. die Militärorganisation sei jetzt noch ohne die neuen Vorlagen nicht gründlich zu erörtern und, da die Kammer die Schnur des Geldbeutels doch halte, bliebe diese ihre reellste Macht unberührt; 6) concrete Fragen blieben auch ohne Erlaß der Adresse bestehen und würden in der Gesetzgebungs-Initiative ihrer Zeit die ruhige und gründliche Behandlung schon finden und erhalten. Dem Lande wünschen wir Glück, daß die deutsche Fortschrittspartei diese gefährliche Klippe der Adresse umschiffte; gerade die Veteranen der Partei, sei es dem parlamentarischen Arbeiten, sei es dem Lebensalter nach, bekämpften die sehr lebhaften und beredten jüngern Fürsprecher, denen die mächtigen Gefühle für eine deutsche Einheit und die Begründetheit der Mißstände im innern Verfassungsleben so sehr zu Hilfe kamen, um leicht das zeitig Praktische und Nützliche im Gefühlsdrange vergessen zu machen. — Diese Debatten, bei denen sich 24 Redner betheiligten, haben wesentlich zum Sichkennenlernen in der Partei beigetragen; ihre Tragweite für die künftigen politischen Wege der Partei ist nicht zu verkennen und darf das Land alle Aussicht haben, von der Partei so besonnene wie offene, praktische und entschiedene Schritte zu erwarten und allen Grund haben, diesen neuen Pioniren des Ausbaues der Verfassung Vertrauen zu schenken und von ihrem Erscheinen in der Kammer den Anfang, wenn auch nur den ersten, einer neuen parlamentarischen Aera zu datiren!

— Z. Am 6. ist die Allerhöchste Cabinets-Ordre zur Rückkehr des ostasiatischen Geschwaders unterzeichnet worden und schon am 8. an den Gesandten Graf Eulenburg abgegangen. Die Rückkehr desselben auf dem Landwege wird bereits im März erwartet. Es ist beschlossen, in den ostasiatischen Häfen vier Preußische Consulate zu errichten. Die Bestimmung der Personalien bleibt bis zur Rückkehr des Grafen Eulenburg und dessen ausführlichem Bericht ausgesetzt.

— Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: „Die westphälischen Gruben haben von dem preußischen Handels-Minister, Herrn v. d. Heydt, die Zusicherung erhalten, ihre Kohlen zu dem Pfennigsatze bis Danzig und Königsberg verfahren zu dürfen. Für die preußische Marinestation in Danzig werden bereits westphälische Kohlen geliefert. Daß auch die Zwickauer Kohlenwerke die Vergünstigung des Pfennigtarifs erlangen möchten, wäre wohl erwünscht, um auf dem Terrain, welches ihnen viel näher gelegen ist, mit den westphälischen Kohlen wenigstens noch in Concurrenz treten zu können. Nachdem aber der Königlich preußischen Ostbahn und der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn die Erlaubniß zur Annahme des Pfennigtarifs geworden ist, so daß nunmehr die hauptsächlichsten Eisenbahnen in Norddeutschland diesen Tarif in kürzester Zeit eingeführt haben werden, wird man wohl die Hoffnung hegen können, daß die süd- und mitteldeutschen Regierungen den Pfennigtarif (1/10 Gr. pr. Centner und Meile) bei welchem ihre Bahnen um 20 pCt. günstiger als die norddeutschen Eisenbahnen gestellt werden, zur Einführung gelangen lassen dürften."

* Es war von mehreren Lehrervereinen beim Herrn Unterrichtsminister darauf angetragen worden, daß der Entwurf des Unterrichtsgesetzes, bevor derselbe dem Landtag zur Berathung vorgelegt würde, den Volksschullehrern zur Besprechung in allgemeinen und freien Conferenzen mitgetheilt werde. In dem Bescheide hierauf vom 13. Jan. cr. sagt der Herr Minister: „Der Entwurf des Unterrichtsgesetzes, wie jedes anderen Gesetzes, wird in dem K. Staatsministerium beschlossen und sodann von des Königs Majestät Allerhöchst genehmigt. Bevor dieses geschehen, besteht überhaupt noch kein Entwurf des Unterrichtsgesetzes; ist derselbe aber auf diese Weise zu Stande gekommen, so kann von seiner nochmaligen, durch die Staats-Regierung anzuordnenden freien Berathung desselben durch Privatpersonen oder Vereine nicht weiter die Rede sein.

Stadt-Theater.

*** Das gestrige Benefiz des Herrn Metz hatte — eine in dieser Saison seltene Erscheinung — ein zahlreiches Publikum versammelt. Vermuthlich war es aber weniger die Fülle des Programms und der Werth der eigentlich theatralischen Vorstellungen, welche diese Anziehung ausgeübt, als die lebenden Bilder, die einige unserer Herren Künstler zwischen der Darstellung zu arrangiren übernommen hatten. Die künstlerische Wirkung der Versuche, Gegenstände der Malerei derartig plastisch zu reproduziren, bleibt immer eine sehr zweifelhafte. Denn dem Beschauer wird ja das nothwendigste Mittel, Objecte der darstellenden Kunst zu genießen, die Muße ruhiger Betrachtung und Versenkung in den Stoff, hier durch die Art der Vorführung genommen. Am wirksamsten werden daher in scenischer Verkörperung solche Gemälde sich zeigen, die entweder dem Beschauer längst bekannt und lieb geworden sind, oder durch die Einfachheit des Stoffes ein unmittelbares Verständniß ermöglichen. In Beziehung auf diese ist der Versuch, sie in die lebendige Wirklichkeit zu übertragen, ein höchst interessantes Experiment, das zugleich in mancher Rücksicht als ein Prüfstein für die Vollendung des Gemäldes selbst gelten kann.

Unter den gestern vorgeführten Bildern brachte die von Herrn Scherres gestellte „Rubenshalle" nach de Kaiser entschieden den wirksamsten Eindruck hervor, vielleicht weil die im Bilde herrschende Ruhe es am geeignetsten zur Uebersetzung in die Plastik macht. Nächstdem machte das zweite Bild der beiden von Herrn Sy gestellten Bilder („die Königin Margarethe von Skandinavien entläßt, in Folge der Unterhandlungen mit den Abgeordneten der Hansa, den Schwedenkönig Albrecht aus der Gefangenschaft") durch die Großartigkeit der Gruppirung Effekt; nur gestattete hier der Augenblick des Anschauens kein volles Verständniß der Handlung. Das andere von Herrn Sy arrangirte Bild („Aus der Geschichte Danzigs: Kunst und Wissenschaft, gepflegt im Hause des Bürgermeisters Zierenberg") interessirte lebhaft durch die lokale Beziehung und die berühmten historischen Persönlichkeiten (wie Hevelius, Martin Opitz). In „den Flissen an der Weichsel" begrüßte das Publikum mit Vergnügen neuere vaterstädtische Berühmtheiten, die ihre Erhebung aus der merkantilen in die ästhetische Bedeutsamkeit allein Herrn Striowsky zu danken haben. Die Wirkung der hübschen Gruppen wurde gestern durch die Beleuchtung beeinträchtigt. Das Feuer im Bilde selbst gab ein zu unstetes Licht und zugleich einen zu grellen Contrast zwischen Hell und Dunkel. Die Bemühungen der Herren Künstler wurden durch lebhaften Vorruf gebührend anerkannt.

Von den beiden Possen verdient die erste („Einquartierung", Posse in 3 Acten v. Starke, Musik v. Stiegmann") bei Weitem den Vorzug. Sie ist lustspielartig angelegt; die Charaktere sind etwas grell, aber treffend gezeichnet; einzelne Situationen, namentlich die überraschende Entpuppung des vornehmen Bräutigams, von höchst komischer Wirkung; das Ganze mit einem etwas derben, aber ganz frischen Humor angelegt. Dieser schien gestern auch in gebührendem Maße auf die Darsteller übergegangen zu sein. Denn es wurde von Allen offenbar mit großer Lust und auch höchst wirksam gespielt. Das Hauptverdienst hatte dabei Hr. Witt, der den alten, ruheliebenden Dilettanten der Naturgeschichte zu einem höchst gelungenen Charakterbilde gestaltete. Hr. Metz, Frau Dill, Frl. Ottmer, Hr. Dietrich, Hr. und Frl. Becker I. wetteiferten gleichfalls für die Erheiterung des Publikums. Auch Hrn. Rösicke muß es anerkannt werden, daß er in den beiden kleinen Scenen, die er in dieser und der zweiten Posse zu spielen hatte, eine sehr wirksame Komik entwickelte.

Die zweite Posse („Ein gebildetes Hausmädchen" von Freitag; Musik von Meyer) konnte trotz der Anstrengung, welche Frl. Ottmer, Herr Denkhausen, Frau Woisch, Herr Metz und die übrigen Darsteller machten, auf einen ungetheilten Beifall wohl nur in den höchsten Regionen rechnen. So viel Berliner Witz, darunter nur hin und her eine ganz treffende Ironie, vermag bei einem so sinnlosen Durcheinander von Scenen und einer solchen Breite der Ausführung, wohl kaum ein richtiger Berliner Magen zu vertragen. Herr Metz suchte den etwas schwachen Stoff durch eine sehr gelungene Maske zu würzen. Er führte in der Rolle des dickhäutigen Schneidergesellen, Louis Mutzebacher „Ihn" vor, genau so wir „Er" in der Ruhmeshalle des „Kladderadatsch" für die Unsterblichkeit aufgestellt ist.

Diese Berathung, der Staatsregierung gegenüber, steht vielmehr nach Maßgabe der Verfassungsurkunde lediglich der Landesvertretung zu. Dabei versteht es sich von selbst, daß nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen keinem Lehrer und keinem Lehrerverein das Recht verschränkt ist, seine Ansichten und Wünsche auf dem Wege der Vorstellung oder der Petition zur Kenntniß der Staatsregierung und der Landesvertretung zu bringen."

— Der „Elberf. Ztg." wird geschrieben: „In mehreren constitutionellen Staaten und selbst in solchen, die kleiner und unbemittelter sind als Preußen, pflegt auf dem Budget der Landesvertretung eine ansehnliche Summe als Repräsentations-Entschädigung für die Präsidenten der Kammern zu figuriren. Bei uns ist zu dergleichen Ausgaben kein Geld vorhanden und der Präsident des Abgeordnetenhauses genießt, außer seinen gewöhnlichen Diäten, nur eine freie Dienstwohnung in der Bel-Etage des bekannten Hauses am Dönhofsplatz. So schön und großartig nun auch letztere ist (sie diente vormals dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg, als Dienstwohnung) so ist doch damit allein noch nichts gethan und man kann von dem Präsidenten nicht verlangen, daß er, ohne entsprechende Entschädigung, die mehr als 300 Abgeordneten bei sich empfängt

— Den Doctoren der Medizin, welche die medizinisch-chirurgischen Staatsprüfungen ablegen wollen, ist neuerdings wieder in Erinnerung gebracht worden, wie sie von einem Impfarzt oder einem sonstigen practischen Arzte vor Zulassung ein Zeugniß darüber beizubringen haben, daß sie den Verlauf der Schutzblattern beobachtet und sich Fertigkeit im Impfen erworben haben.

— Auf Anlaß der zum Magdeburger Appellationsgerichts-Bezirk gehörigen Advocaten findet hier am 1. Februar eine allgemeine Preußische Advocaten-Versammlung statt, um eine Petition an die beiden Häuser des Landtages zu berathen, welche, gestützt auf die Cabinetsordre von 1841, eine Advocaten-Ordnung hervorzurufen beabsichtigt. Es soll darin besonders noch der Wunsch für Einrichtung einer Advocaten-Kammer, wie solche schon in verschiedenen anderen Staaten besteht, ausgedrückt werden.

* Die „Köln. Ztg." bespricht heute die Lage Oesterreichs und findet namentlich die finanziellen Zustände vollständig hoffnungslos. „In dieser verzweifelten Lage — sagt die „K. Z." — spricht man wieder — nicht von einem Einlenken des Hofes, sondern von neuen verzweifelten Entschlüssen, von einem neuen Kriege in Italien! Der Kaiser selbst redete in drei Ansprachen an die Soldaten, als ob der Krieg bald wieder ausbrechen werde, und von Wien berichtet man, das österreichische Heer brenne vor Verlangen, unter einem so beliebten und begeisternden Feldherrn, wie Benedek, die Scharte von 1859 auszuwetzen. Man wird an die alte martialische Redensart erinnert, Oesterreich werde den Courszettel mit dem Schwerte zerhauen, und im Hintergrunde schlummert bei den Kriegsdrohungen gewiß der Gedanke, die italienischen Fürsten zurückzuführen und in den Erbländern Alles wieder auf den alten Fuß zu bringen. Man hofft so den Verfassungsschwindel los zu werden!"

— Zwischen Rußland und dem Papst findet bekanntlich eine Annäherung statt. Dieser Umstand dürfte die Räumung Roms wieder etwas verzögern. Der Kaiser Napoleon pflegt jede vereinzelte Action bedenklich zu finden. Daß die römische Frage aber neuerdings wieder in Paris auf die Tagesordnung der officiellen Erörterung kam, ist von Paris aus bestätigt worden.

— Gegenüber dem Wiener Cabinet soll, wie die „Presse" mittheilt, Frankreich der Turiner Regierung seine guten Dienste angeboten haben. Es soll nämlich von Paris aus eine Anfrage hierher gelangt sein wegen der bei der Kaiser-Revue in Verona gesprochenen Worte.

Die Wiener „Parl. C." theilt folgende Geschichte einer interessanten politischen Mission mit: „Einer der begabtesten Administrations-Beamten begab sich mit einem auf den Namen eines polnischen Edelmannes lautenden Passe von hier nach der Schweiz, von wo er nach kurzem Aufenthalte nach Paris reiste. Dort lernte er mehrere polnische Emigranten kennen, durch deren Empfehlungsbriefe es ihm möglich wurde, bei seiner Ankunft in Turin in die höchsten Kreise und namentlich auch in das nationale Comité Eintritt zu erhalten. Sein Talent ging so weit, sich eine persönliche Unterredung mit dem Könige von Italien in seiner Eigenschaft als polnischer Emigrant zu verschaffen (?), welche eine halbe Stunde dauerte und höchst interessante Daten geliefert haben soll. Nachdem der Emissair seine Rolle in Turin zu Ende gespielt hatte, begab er sich nach Wien zurück, wo er geeigneten Orts den eingehendsten Bericht über den Erfolg seiner Mission vorlegte.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. Wie verlautet, hat der „Finistère, der 600 Zuaven in Oran an Bord nehmen sollte, Gegenbefehl erhalten, da man die Absicht habe, ein größeres Truppencorps nach Mexico zu senden. — Man hat jetzt nähere Einzelheiten über die schrecklichen Vorfälle, die sich gestern auf dem See im Bois de Boulogne ereigneten. Die erste Person, die auf dem Eise einbrach (und zwar der Spitze der Insel gegenüber), war ein Kutscher. Mehrere andere Personen eilten ihm zu Hilfe, aber das Eis brach zusammen und alle, ungefähr zwölf an der Zahl, stürzten ins Wasser. Mehrere verschwanden unter den Eisschollen, anderen, die schwimmen konnten, gelang es, das Ufer zu erreichen. Es war ein fürchterlicher Moment. Die Menge, die auf dem Ufer stand, konnte zur Rettung der Verunglückten nichts thun, da das Eis zwischen dem Ufer und der Stelle, wo das Unglück stattfand, aufgehauen war. Ein junger Mann, der sich auf dem Eise befand, sprang aber doch ins Wasser, um einen zu retten, der etwas schwimmen konnte und sich über dem Wasser erhielt. Er erfaßte den vom Tode Bedrohten an den Haaren und es gelang ihm, denselben mit großer Anstrengung über dem Wasser zu erhalten. Man warf ihm ein Ruder zu; unglücklicher Weise konnte er es aber nicht fassen. Zuletzt versagten ihm die Kräfte. Einen Augenblick ließ er den los, welchen er retten wollte, ergriff das Ruder, aber als er den, für welchen er sein Leben wagte, wieder ergreifen wollte, war derselbe unter den Eisschollen verschwunden. Drei Personen wurden todt aus dem Wasser hervorgezogen, eine vierte konnte nicht aufgefunden werden. Die übrigen wurden gerettet. Man brachte dieselben in ein benachbartes Café, wo ihnen die erste Hilfe zu Theil wurde. Es werden noch vier Personen vermißt. Auf einer anderen Stelle waren fünfzehn Personen eingebrochen; glücklicher Weise war jedoch das Wasser dort nicht tief. Auffallen muß es, daß man gar keine Vorsichtsmaßregeln ergriffen hatte. Die Eisdecke war noch keineswegs sehr dick, und doch waren bei der ungeheuren Menschenmenge, die sich an solchen Tagen im Bois de Boulogne einfindet, nicht die geringsten Rettungsmaßregeln getroffen worden. An Aexten u. dgl. fehlte es vollständig. Die Boote waren ohne Bemannung, und als endlich den Verunglückten ein Nachen zu Hilfe eilte, was man genöthigt, das Eis mit dem Ruder aufzuschlagen. Die, welche das Rettungswerk versuchten, waren ein paar junge Leute, die den Kahn losgemacht hatten. Die ganze officielle Welt hatte den Kopf verloren.

— Die Fould'schen Finanzanträge werden jedenfalls nicht die einzigen Reformen volkswirthschaftlicher Natur sein, welche die Thätigkeit unserer Kammern in Anspruch nehmen werden. Ueber zwei Anträge namentlich von ernster Bedeutung und liberalen Geistes ist schon jetzt vollkommenes Einverständniß erzielt. Der erste betrifft die Abschaffung des Gesetzes vom 3. Sept. 1807 über den Zinsfuß oder die völlige Freigebung des Geldverkehrs; nur für die Fälle, wo die Gerichte den Zinsfuß festzusetzen haben oder ein Uebereinkommen unterblieben, soll der bisherige gesetzliche Zinsfuß beibehalten werden. Es ist übrigens bekannt, daß für unsere zwei ersten Creditanstalten, Bank von Frankreich und Credit foncier, das Zinsgesetz seit vielen Jahren außer Wirksamkeit gesetzt ist. Der zweite Antrag betrifft die Abschaffung der privilegirten Mäkler und die völlige Freigebung der Vermittlerthätigkeit; über das Prinzip einig, hat jedoch die Commission sich über Dauer und Weise des Uebergangsstadiums vom privilegirten zum freien Mäklerthum noch nicht einigen können; auch über Betrag und Art der Entschädigung wird noch gestritten, welche den heutigen Mäklern für den Verlust ihres Privilegiums geboten werden soll. Die Commission will auch noch andere wichtige Reformen beantragen; namentlich das Associationsgesetz vom 17. Juli 1856 in der Weise zu ändern, daß die Bildung anonymer Gesellschaften weniger gehemmt und erschwert sei.

— Der „Moniteur" registrirt mit Genugthuung, was „Morning Post" über das Resultat der letzten Volkszählung in Frankreich geäußert hat, daß man eine Verdoppelung der Volkszunahme, wie sie in den letzten fünf Jahren des Wohlstandes und Friedens gegen die vorangegangenen fünf Jahre stattgefunden, habe erwarten müssen, daß der Kaiser sich zu der Wirkung seiner Ackerbaupolitik Glück wünschen könne, und daß der Friede und die gute Regierung in Frankreich Wunder gethan hätten.

— Das Moniteur-Bülletin erklärt heute für ganz unbegründet, daß in Folge einer Entscheidung des Kaisers künftig keine Preßverwarnungen mehr anders Statt haben sollen, als nach vorheriger Berathung des Ministerrathes.

Gestern hat, wie der Moniteur amtlich meldet, Lord Cowley dem Kaiser das Schreiben überreicht, in welchem der Prinz von Wales im Auftrage seiner Mutter, der Königin Victoria, Ihren Majestäten den Tod des Prinz-Gemahls anzeigt. Ohne diese offizielle Anzeige abzuwarten, hatte bekanntlich der Kaiser schon am 17. Dezember auf 21 Tage Trauer angelegt.

England.

— Die boshafte Zerstörung des Hafens von Charleston in Süd-Carolina hat, wie die „Times" heute in ihrem zweiten Leitartikel zu ihrer Freude und zur Ehre Englands meldet, Lord John Russell zu einer Remonstration gegen diese Verletzung der Kriegsgebräuche veranlaßt. Am 20. December schon hatte Lord Lyons vom Staatssecretär des Auswärtigen Anweisung erhalten, der Regierung in Washington die Mißbilligung kund zu thun, mit welcher er schon die bloße Absicht betrachte, und nun die Barbarei wirklich zur Ausführung gekommen, seinen Protest zu wiederholen und die Hoffnung auszusprechen, daß ein solcher Scandal nicht auch noch an anderen Häfen verübt werde. Wie aus einer Erwiederung des Staatssecretärs auf eine Eingabe der Kaufleute von Liverpool hervorgeht, hat Lord Lyons Herrn Seward auch sagen sollen, der englischen Regierung gelte die Zerstörung des Hafens von Charleston als ein Beweis, daß die Nordstaaten an einer Wiederherstellung der Union verzweifeln und als ein Act der Rache, unter dem der Handel aller Nationen leide. Die „Times" bemerkt in dieser Sache dann weiter, die Nordstaaten hätten den Hafen mit Steinen gesperrt, weil sie die Blokade desselben nicht durchführen konnten. Eine Blokade sei nur dann factisch, wenn sie nicht bloß mit Worten erklärt, sondern durch Kriegsschiffe gehandhabt werde; letzteres hätten die Nordstaaten nicht durchzusetzen vermocht, und deshalb zu dem brutalen Mittel der Steinversenkung gegriffen, welches eine Verletzung der allgemein für den Seekrieg festgestellten Grundsätze ist.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Januar. (Schl.-Ztg.) Die höheren und mittleren Schulen, auch die medicinische Akademie mit inbegriffen, beginnen morgen ihre Inscription. Bei den schon in den letzten Tagen vorgekommenen Anmeldungen ersah man bereits, daß die Zulassung keineswegs unbeschränkt ist, wie man gehofft hatte, ja daß manche Anstalten, namentlich das für die beste betrachtete Realgymnasium, bei weitem nicht alle qualificirten Candidaten annehmen wird. Man will die Schülerzahl nicht zu groß werden lassen und doch auch die Errichtung neuer Parallelklassen möglichst vermeiden. Viele Väter werden wiederum in der unangenehmen Lage sein, ihre Söhne nicht in den öffentlichen Schulen unterbringen zu können, so daß die Sehnsucht nach der baldigen Durchführung der projectirten Reorganisation immer lebhafter wird. — Das Theater beendigt morgen sein erstes Abonnement, welches aus zwölf Vorstellungen bestand, die sämmtlich am großen Theater gegeben wurden. Das Publikum war von Anfang bis zu Ende dasselbe und bestand fast nur aus Russen. Erst in den letzten Tagen ließen sich einzelne Personen vom Civilstande zum Besuch der Vorstellungen verlocken, wobei sie möglichst wenig gesehen zu werden suchten. Das polnische Publikum der höheren Stände hat sich consequent nicht betheiligt.

Landtags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 22. Januar.

Präsident Grabow. Am Ministertische v. Patow, Graf Schwerin, Graf Pückler, v. Bernuth.

Die Schriftführerwahlen sind so ausgefallen, wie sie gestern bereits angekündigt sind.

Die ständigen Commissionen sind gewählt und haben sich constituirt: I. Commission für die Geschäftsordnung: v. Carlowitz, Vorsitzender; Pannin, Stellvertreter des Vorsitzenden; Dr. Frese (Minden) Schriftführer; Bassenge, Stellvertreter des Schriftführers; Pieschel (Calbe), Krieger (Berlin), Martiny, Foyzig, Schultze (Genthin), Bender (Olpe), Sönke, Kautz, Klose. II. Petitionscommission: v. Saucken-Julienfelde, Vorsitzender; v. Kirchmann, Stellvertreter des Vorsitzenden; de Syo, Schriftführer; Aßmann, Stellvertreter des Schriftführers; Wachler, Frentzel, Dr. Kosch, Senff, v. Hennig (Graudenz), Duncker, Wachsmuth, Plaßmann, v. Rosenberg-Lipinski, Leue (Salzwedel), Münzer, Schultz (Herford), Strecker, Fliegel, Dr. Lüning, Klemann, Müller (Arnswalde), Steffann, Jordan, Buschmann, v. Struensee, Hinrichs (Rummelsburg), Richter. III. Agrarcommission: Ambronn, Vorsitzender; Lette, Stellvertreter des Vorsitzenden; Kuhlwein, Schriftführer; Kette, Stellvertreter des Schriftführers; v. Sänger, Gützloe, Kalau v. d. Hofe, Pieschel (Merseburg), Mentzel (Prenzlau), v. Gollberg, Schmiedtcke, Schmidt (Paderborn), Papendieck, Haacke. IV. Commission für Handel und Gewerbe: v. Rönne (Solingen), Vorsitzender; Röpell (Danzig) Stellvertreter des Vorsitzenden; Michaelis, Schriftführer; Neide, Stellvertrer des Schriftführers; Müller (Demmin), Gaul, Salfeld, Reichenheim, Dr. Becker, Overweg, Ludwig, Post, v. Sybel (Gladbach). V. Commission für Finanzen und Zölle: Kühne, Vorsitzender; v. Benda, Stellvertreter des Vorsitzenden; Ziegler, Schriftführer; Riemann, Stellvertreter des Schriftführers; Coupienne, Prince-Smith, Waldhausen, Schultze (Seehausen), Jacob, Hinrichs (Grimmen), Dr. Bernhardi, Osterrath, Graf Czieszkowski, Zur Megede, Hoffmann, v. Mallinkrodt, v. Kathen, Wehlermann, Zumloh, Karsten, Lietz. VI. Justizcommmission: Simson Vorsitzender, v. Rönne (Glogau), Stellvertreter des Vorsitzenden, Forstmann, Schriftführer, Koch, Stellvertreter des Schriftführers, Waldeck, Schumann, Behring, Rohden, Wahle, Evers, Bürgers, v. Benghem, Immermann, Kratz. VII. Gemeindecommission: v. Diederichs, Vorsitzender, Delius, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Bender, Schriftführer, v. Hilgers, Stellvertreter des Schriftführers, Aldenhofen, Dr. Bauer, Löwe, Schneider, Dr. Fellenberg, Runge, Kleinwächter, v. Saucken, (Labiau), v. Leipziger, Nitschke. VIII. Unterrichtscommission: Harkort, Vorsitzender, Techow, Stellvertreter des Vorsitzenden, Fubel Schriftführer, Gortzitza, Stellvertreter des Schriftführers, Röpell (Breslau); Götz, Krause (Magdeburg), Rothe, Gringemuth, Menzel (Braunsberg), Müllensiefen, Schmidt (Randow), Ritter. IX. Budgetcommission: v. Bockum-Dolffs, Vorsitzender, Osterrath, Stellvertreter des Vorsitzenden, Parrisius (Westhavelland), Petersen, v. Kehler und v. Funck, Schriftführer, Kühne, Stavenhagen, Häbler, Krieger (Goldapp), Harkort, v. Hennig (Strasburg), Klotz, Sello, Ottow, Herrmann, Krause (Züllichau), Graf v. Hacke (Barnim), Taddel, Twesten, v. Carnall, Sieber (Neiße), v. Pfuhl, v. Bärst, Steinhardt, André, Borsche, Behrend, Kerst, Plaßmann I., Dr. Schubert, Pieper, Virchow, Hagen, John.

Zunächst erhebt sich der Justizminister v. Bernuth: Durch Allerhöchste Ermächtigung vom heutigen Tage bin ich beauftragt, einen Gesetzentwurf über die Anklagebefugniß des Verletzten im Strafverfahren zu übergeben. Derselbe soll einem vielfach ausgesprochenen Bedürfniß Rechnung tragen. Während nach der früheren Criminalgesetzgebung der Richter unmittelbar mit den Anträgen der Verletzten auf Einleitung eines Strafverfahrens angegangen werden konnte, hat der neuere Anklageproceß die Einleitung jeder Untersuchung von dem Antrage des Staatsanwalts abhängig gemacht. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll eine Ausgleichung zwischen dieser ausschließlichen Befugniß des Richters und der ebenso ausschließlichen Abhängigkeit des Verletzten von den Anträgen der Staatsanwaltschaft bewirken, in der Art, daß wenn die Anzeige einer strafrechtlichen Verletzung vom Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt zurückgewiesen ist, dem Verletzten das Recht zustehen soll, an das betr. Appellationsgericht sich zu wenden. Der Entwurf betrifft also die Bedingungen und die Behandlung der Einleitung des Strafverfahrens. Das Appellationsgericht kann beschließen, entweder, daß dem Antrage des Verletzten keine Folge gegeben werde, und dann ist die Sache erledigt, oder ihn dem ersten Richter zur Einleitung der Sache zu überweisen, die dann ihren ordentlichen Gang nimmt. Die Motive werden ergeben, warum der Gegenstand nicht einer künftigen Criminalordnung vorbehalten ist und warum davon abgestanden worden, das Institut der Privatanklage in die Gesetzgebung inzuführen. Ich steelle anheim, den Gesetzentwurf der Justiz-Commission zu überweisen. — Dies geschieht.

Hierauf verlangt das Wort der Minister des Innern Graf Schwerin: Auf Allerhöchste Ermächtigung vom 11. d. überreiche ich dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen. Der Gegenstand ist ein sehr schwieriger. Die obrigkeitliche Gewalt resultirt aus dem Unterthänigkeits-Verhältnisse; die Verfassung hat die gutsobrigkeitliche Gewalt aufgehoben und es wurde versucht, in der Gemeindeordnung von 1850 zugleich mit einer Regelung dieser Verhältnisse vorzugehen. Dieser Gesetzentwurf ist nicht zur Ausführung gekommen; vielmehr ist durch ein Gesetz vom 14. April 1856 der Art. 42 der Verfassung aufgehoben und durch ein Gesetz von demselben Tage die gutsobrigkeitliche Gewalt wieder hergestellt worden. Nach Ueberzeugung der Regierung ist dieser Versuch kein glücklicher gewesen. Die Gutspolizeigewalt hat mit dem Wegfall aller Grundlagen, worauf sie beruhte, ihre Wurzeln verloren und es ist daher durch die Wiederherstellung weder die obrigkeitliche Autorität gestärkt worden, noch eine angemessene Handhabung der Polizei auf dem platten Lande herbeigeführt. Allseitig sind die großen Schwierigkeiten der Regelung dieser Verhältnisse anerkannt. Den Weg, auf die Gemeinde-Ordnung zurück zu gehen, hält die Regierung nicht für den geeigneten, weil der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, die Verhältnisse auf dem platten Lande durch eine codificirte Gemeinde-Ordnung zu regeln. Man würde dadurch der Gemeindefreiheit mehr schaden als nützen; man würde Gemeinden und Güter zwangsweise in einen Verband hinein bringen, der allen Wünschen nicht entsprechen könnte. Es bliebe also nur übrig, die Polizeigewalt auf dem Lande, so weit sie nicht der Ortsbehörde übertragen werden kann, den Landräthen zu übertragen, oder aber Bezirks-Einrichtungen zu treffen mit bezahlten Beamten. Beide Wege lassen sich nicht empfehlen. Die Regierung hat einen andern Weg erwählt; einen Weg, der allerdings eine Voraussetzung hat, von deren Zutreffen allein das Gelingen abhängt; wir rechnen auf den Gemeinsinn im Lande; wir rechnen darauf, daß sich Männer finden, wel e die Polizeigewalt als ein Ehrenamt zu übernehmen geneigt sind. Es sind vielfach Zweifel darüber ausgesprochen worden, ob sich die Regierung nicht täuschen wird; die Regierung hält jedoch daran fest, sie baut auf den Gemeinsinn des Landes (Bravo!). Ich gehe auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes nicht ein, nur will ich bemerken, daß die ortsobrigkeitliche Gewalt nicht allein behandelt, sondern auch die Communal-Obrigkeit mit eingeschlossen wird und es daher nöthig war, auch in dieser Beziehung Bestimmungen zu treffen

Es mußten daher die Verhältnisse der Ortsvorstände neu regulirt werden und es wird vorgeschlagen, den Gemeinden ein Wahlrecht zu geben und der Regierung nur das Bestätigungsrecht vorzubehalten. Ich stelle anheim, denselben einer besonderen Commission zu überweisen. — Dies geschieht.

Ferner reicht der Hr. **Minister des Innern**, in Gemeinschaft mit dem der Finanzen und dem für Landwirthschaft einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ablösung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen zur Verwaltung des Schulzen-Amts. Das Erbschulzen-Institut, fügt der Minister bei, ist wiederholt Gegenstand von Discussionen in diesem Hause gewesen. Man erinnert sich, daß die Beseitigung desselben in der Gemeindeordnung von 1850 vorgesehen war; da dies Gesetz jedoch nicht in Wirksamkeit trat, vielmehr an seiner Statt das Gesetz von 1853, so ist auch das Erbschulzenamt bestehen geblieben. Viele Beschwerden sind darüber laut geworden, auf die hier ein weiteres Eingehen nicht nöthig ist. Der Gesetz-Entwurf will denselben abhelfen. Das Ablösungsverfahren ist der Regierung als das angemessenste erschienen, da es dem Besitzer wie der Gemeinde die Befugniß giebt, ihr Recht geltend zu machen und gegen einander abzuwägen. Der Minister stellt schließlich noch anheim, die Berathung der für den vorherigen Gesetzentwurf niedergesetzten Commission oder der Agrarcommission zu übergeben. — Nach kurzer Erörterung beschließt das Haus, dem Antrage des Abg. Lette gemäß, die vorher festgesetzte Commission auch mit diesem Gesetze zu betrauen, sie jedoch auf 21 Mitglieder zu erhöhen.

Finanzminister v. **Patow** überreicht kraft allerhöchster Ermächtigung vom 31. Dec. 1861 die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1859 mit den Anlagen, ferner kraft Allerh. Ermächtigung vom 21. Januar c. das Budget für 1862, und einen Gesetzentwurf wegen Forterhebung des 25procentigen Zuschlags.

Der Finanzminister giebt darauf eine vorläufige Uebersicht des Etats. Danach betragen die Einnahmen 135,860,000 Thlr., die Ausgaben 140,900,000 Thlr., das Deficit etwa 5 Mill. Verglichen mit dem Deficit des Jahres 1861, welches nur 3,900,000 Thlr. betrug, würde das jetzige Deficit alsp größer sein; das sei aber nur scheinbar, weil im vorigen Jahre 1½ Mill. Ueberschüsse aus 1859 mit in die Einnahme gerechnet seien; ziehe man diese ab, so bleibe ein **Minderdeficit** von 400,000 Thlr. Nun ergebe der 25procentige Zuschlag für das zweite Semester d. J. 1,850,000 Thlr. Zu decken blieben also 3,180,000 Thlr.; die Ueberschüsse von 1860 betrügen 3,867,000 Thlr.; mithin blieben für den Staatsschatz dann übrig 686,000 Thlr. — Die Mehreinnahme gegen das vorige Jahr berechnet sich zunächst auf 765,000 Thlr., stellt sich aber in Wirklichkeit höher, weil in den 135 Mill. weniger extraordinaire Zuschüsse sind als im vorigen Jahre; in Wirklichkeit beträgt sie 1,378,000 Thlr. Die Mehrüberschüsse kommen wesentlich aus den directen Steuern (500,000 Thlr.), aus den Forsten (400,000 Thlr.), aus den Salzmonopol (300,000 Thlr.) Durch Ersparnisse in den verschiedenen Ressorts steige die Mehreinnahme sogar auf mehr als 2 Mill. An Mehrausgaben sollen davon verwandt werden: für die Staatsschulden-Verwaltung 300,000 Thlr., für das Handelsministerium 98,000 Thlr., für den Kultus 88,000 Thlr. (darunter 50,000 für Erhöhung der Lehrergehalte), für die Justiz 83,000 Thlr., für das Innere 75,000 Thlr., für die Marine 79,000 Thlr., das Kriegsministerium 68,000 Thlr.; dabei sind 50,000 Thlr. mehr für die Veteranen. (Bravo). Dazu im Extraordinarium 38,000 Thlr., für Inangriffnahme des Saarkanals und 400,000 Thlr. zur Deckung des Deficits.

Den Schwerpunkt der diesjährigen Verhandlungen der Landesvertretung werde, wie im vorigen Jahre, unstreitig die Berathung über den Militäretat bilden. Die Neorganisation sei seit dem vorigen Jahre dadurch weiter geführt, daß neue Infanterieregimenter vom November an gebildet worden. Die Mittel, die früher nur für zwei Monate bewilligt worden, würden jetzt für ein ganzes Jahr im sechsfachen Betrage zu verlangen sein. Den Anstrengungen der Regierung sei es aber gelungen, diese Summen innerhalb des Militäretats zu ersparen. Die Summe von 54,000 *Rt.*, welche im Ordinarium als Plus für den Militäretat erfordert werde, habe mit der Frage der Reorganisation nichts zu thun, da sie Mehrausgaben betreffe, wie sie im Laufe einer jeden Verwaltung sich herausstellten. Die Regierung sei in den früheren Jahren von der Voraussetzung ausgegangen, daß naturgemäß eine fortschreitende Vermehrung der Staatseinnahmen eintreten werde und daß mit den Ergebnissen der aus dem Zuschlage sich ergebenden Mehreinnahme und den aus der Grundsteuer zu erwartenden Erträgen das durch die Kosten der Militärorganisation sich ergebende Deficit in einer gewissen Reihe von Jahren werde gedeckt werden können. Diese Voraussetzung habe man als überspannt hingestellt; die vorjährige Budgetcommission habe auch nicht geglaubt, daß diese Ueberschüsse ½ Mill. übersteigen würden. Aber in der That habe die Regierung richtiger gerechnet. Man dürfe nicht übersehen, daß 35,000 *Rt.* als ein fruchttragendes Capital für den Saarkanal in Anschlag zu bringen, welche wohl durch eine Anleihe zu decken gewesen wären, daß ferner die Einnahme um 945,000 *Rt.* sich vermindert habe, die aus Steuermäßigungen bei den Durchgangszöllen, Rheinzöllen, Bergwerksabgaben, Stempelsteuer, Zeitungssteuer sich zusammensetzen. Nehme man auf diese bei jener Voraussetzung nicht vorauszusehende Thatsachen Rücksicht, so stelle sich eigentlich eine Mehreinnahme von 2,124,000 Thlr. statt 1½ Mill. heraus. — Es sei eine weitreichende Besorgniß im Lande verbreitet; man spreche von österreichischen Zuständen, vom Ruin der preußischen Finanzen. Wenn dies wahr sein sollte, wie komme es denn, daß die Zinsen der Staatsschuld, daß die Gehälter der Beamten bezahlt würden, daß keine Anleihe aufgenommen werde; daß es bei uns keine schwebende Schuld gebe? Nicht nur sei bei uns keine schwebende Schuld vorhanden, sondern es befinden sich gegenwärtig 10 Mill. baar in der Staatskasse. Der Staatsschatz sei zwar auch als Quelle zur Deckung der Kosten für die Militairorganisation bezeichnet; dennoch sei noch nicht ein einziger Thaler aus demselben dafür genommen worden, vielmehr seien die disponiblen Ueberschüsse des Jahres 1860 mit 615,000 Thlr. an den Staatsschatz abgeliefert, die des Jahres 1861 würden 1½ Mill. betragen. Eine Verwaltung, die dies habe thun können, führe den Staat gewiß nicht dem Ruin entgegen. Man sage allerdings, diese Mehreinnahmen würden nur durch eine unerträgliche Steueranspannung erzielt. Aber die Ausgaben für militärische Zwecke erreichen bei uns keine höhere Quote als in andern Ländern (der Minister verweist dabei auf die bekannten Artikel in der Sternzeitung über die Militairorganisation, die jetzt als Ganzes gedruckt und den Abg. zugeschickt sind). Neulich habe durch alle Zeitungen die Notiz die Runde gemacht und sei in fremden Blättern ausgebeutet worden, daß er (der Minister) kürzlich Sr. Majestät dem Könige vorgetragen, die Steuern gingen so schlecht ein, daß die Militär-Organisation in Frage gestellt sei. Dies sei durchaus unwahr. Im Jahre 1858 blieb auf je 1000 Thlr. ein Steuerrest von 16 Sgr., im Jahre 1859 von nur 12 Sgr. und im Jahre 1860 nur 11½ Sgr. Die Reste seien also nicht gestiegen, sondern herabgegangen. Wie es mit dem Jahre 1861 stehe, könne er natürlich noch nicht wissen; aber nichts berechtige bis jetzt zu der Annahme, daß der Abschluß ungünstiger als 1860 sein werde. So glaube er andeutungsweise den Beweis geliefert haben, daß der vorgelegte Etat nicht geeignet sei, Beunruhigungen zu erregen, sondern manche Beunruhigungen zu widerlegen.

Er wende sich jetzt zu dem Gesetz wegen der Forterhebung des Steuerzuschlages. So lange der Staat aus der Grund-Steuer keine Einnahme erziele, werde die Staatskasse den Zuschlag nicht entbehren können, doch werde der Zuschlag in Wegfall kommen, sobald die Grundsteuer eingehe. Bis zum Jahre 1865 werde der Zuschlag wohl erforderlich sein. Es komme nun darauf an, daß dieser Zuschlag nicht wie bisher auf 1 Jahr, (vom Juli bis Juli), sondern bis Ende des nächsten Jahres, also auf 1½ Jahre bewilligt werde. Die Bewilligung vom Juli bis Juli führe große Uebelstände mit sich; es erscheine z. B. das Deficit dadurch um 2 Millionen höher, als es in der That sei. Es komme allerdings dadurch nicht mehr oder weniger Geld in die Kasse, aber den ungünstigen Schein eines größeren Deficits dürfe man auf Preußen nicht haften lassen. Es würden sich Stimmen erheben, welche den Zuschlag überhaupt nicht mehr für nöthig halten; sollte diese Ansicht die Majorität finden, dann erledige sich die Frage so wie so; sollte jedoch, wie die Regierung hoffe, die Ueberzeugung Platz greifen, daß der Zuschlag nicht entbehrt werden könne, dann werde in der Thatt der Schritt ein sehr mäßiger sein, dem ganzen Jahr noch ein halbes zuzulegen (Verwunderung links). Er glaube also den Vorschlag der Berücksichtigung des Hauses empfehlen zu können. — Auch dieser Entwurf geht an die Budgetcommission.

Auf Antrag des Abg. **Stavenhagen** wird der Vorbehalt wegen Bildung einer besonderen Militärcommission gemacht, der event. auch die Novelle zum Gesetz vom 3. Sept. 1814 zu übergeben sei.

Der **Finanzminister** überreicht hierauf einen Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung und die Befugnisse der **Oberrechnungskammer**. (Bravo!) Die Schwierigkeiten einer solchen Regelung seien wohl genügend bekannt. Der Entwurf werde vielleicht nicht allen, aber jedenfalls billigen Erwartungen entsprechen; er werde zeigen, daß es der Regierung Ernst sei mit dem Vorhaben, die Verfassung auszubauen. (Bravo links!) Die Motive werde er heute noch nachzuliefern im Stande sein. Der Gesetzentwurf geht an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Bei den Wahlprüfungen klagt Abg. v. **Bentkowski** über die dem Wahlreglement widersprechende Auseinanderzerrung mehrerer Urwahlbezirke im Bromberg'schen.

Minister des Innern: ihm sei keine Beschwerde oder Petition in dieser Beziehung zugegangen; so lange ihm kein Gegenbeweis geliefert, werde er glauben, daß auch in der Provinz Posen die Behörden seinen Anweisungen nachgekommen seien. (Bravo zur Rechten.) (Schluß der Sitzung.)

Danzig, den 23. Januar.

* Im Verein der jungen Kaufleute vollendete gestern Herr Oberlehrer **Boeszermeny** in seinem geschichtlichen Vortrage das Bild deutscher Zustände im 18. Jahrhundert, indem er näher auf das Verhältniß der beiden Großstaaten, Oesterreichs und Preußens, zum deutschen Reiche einging. Er entwickelte besonders den inneren Gegensatz Preußens zum habsburgischen Oesterreich, der sich nicht nur in der Entstehung und den Anfängen beider Staaten ausspreche, sondern auch durch die Geschichte und das ganze Staatswesen derselben hindurchgehe. Während Oesterreich stets das Streben gezeigt habe, das mit seiner Dynastie verbundene römische Kaiserthum zu Gunsten seiner Hausmacht zu benutzen und sich nicht gescheut habe, das deutsche Land Lothringen im Interesse seiner Hauspolitik preiszugeben, habe die preußisch-brandenburgische Politik, wenn sie in Deutschlands Angelegenheiten energisch eingriff, auch stets das nationale Interesse gefördert. Der Vortragende knüpfte daran die Hoffnung, daß diese Geschichte der preußischen Politik auch in der Gegenwart und für die Zukunft der preußischen Regierung die Richtung zeigen werde.

* Wir wollen nicht unterlassen, auf die demnächst im Gewerbehause stattfindenden Vorlesungen des Herrn Dr. jur. **Neumann** aufmerksam zu machen. Gegenstand der 6 Vorträge wird „das Tragische" sein, und hat Herr Neumann bereits den Beweis geliefert, daß er mit dem Stoffe vertraut ist und ihn auf eine allgemein verständliche Art zu behandeln versteht. Der Plan der Vorträge ist, das Wesen und die Gesetze des Tragischen aus den Quellen zu entwickeln, unabhängig von den bisherigen systematischen Behandlungen dieser Materie, frei von Polemik gegen dieselben, dagegen mtt steter Heranziehung maßgebender Beispiele, im Felde der Kunst insbesondere aus den Dramen des Aeschylos, Sophokles, Shakespeare, Göthe, Schiller und einiger neuerer Dichter.

* Morgen Abend 7 Uhr wird Hr. Prediger **Röckner** im Gewerbehause einen öffentlichen Vortrag halten über: „Die Stellung der Frau zu den Aufgaben des öffentlichen Lebens, erläutert an den Frauencharakteren aus Schillers Tell."

* In unserm gestrigen Berichte über das Stiftungsfest des Gartenbauvereins haben wir eine Namensverwechselung zu berichtigen. Die vorhandenen Früchte waren nicht von Herrn **Rotzoll**, sondern von Hrn. **Ehrlich** ausgestellt, und die durch Verloosung den Anwesenden zugefallenen Blumen nicht von Hrn. Reiche und Hrn. **Ehrlich** hergegeben, sondern in der bedeutend größten Anzahl von Herrn **A. Rathke**, demnächst aber von den Herren **Radike** und **Reiche**.

Königsberg, 22. Januar. (K. H. Z.) In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsraths der ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralstelle wurde in Stelle des bisherigen Generalsecretärs Hrn. **Minden**, welcher gegen den allgemeinen Wunsch sein Amt niedergelegt hatte, der Gutsbesitzer Herr **Hausburg** auf Schönwaldshof zum Generalsecretär erwählt.

— Bei dem Annehmen der Banknoten à 50 Thlr., welche eingezogen und bis zum 1. Mai c. bei den Kgl. Kassen eingeliefert werden sollen, wird man, da viele falsche Exemplare existiren, sehr vorsichtig sein müssen. Die hiesige Privatbank hat in den letzten Tagen dieses Papiergeld nicht angenommen, sondern zur Abgabe an die Kgl. Bank verwiesen.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 23. Januar 1862. Aufgegeben 2 Uhr 59 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 27 Min.

	Letzt.	Crs.		Letzt.	Crs.
Roggen matt,			Preuß. Rentenbr.	99¼	99⅜
loco	53	53¼	3½ % Westpr. Pfdbr.	87⅜	87⅜
Januar	52⅜	52⅝	4 % do. do.	98¼	—
Frühjahr	51⅜	51⅝	Danziger Privatbk.	—	96¾
Spiritus loco ...	17½¼	17⅜	Ostpr. Pfandbriefe	88	87¾
Rüböl, Herbst...	12 7/12	12½	Franzosen	132¼	132¼
Staatsschuldscheine	90	89¾	Nationale	59⅜	59½
4½ % 56r. Anleihe	102¾	103	Poln. Banknoten	84¼	84¼
5% 59r. Pr.-Anl.	108	108	Wechselc. London	6. 20	—

Hamburg, 22. Januar. **Getreidemarkt**. **Weizen** loco stille, ab Auswärts fest gehalten, ohne Geschäft. **Roggen** loco fest, ab Danzig Frühjahr 88—89, ab Königsberg 89—90 zu kaufen. Oel Mai 26⅞, Octbr. 25⅞. **Kaffee** unverändert. **Zink** 500 *Ctr.* loco bis ultimo März 11 15/16.

Amsterdam, 22. Jan. **Getreidemarkt** (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen Termine 3 *fl.* niedriger. Raps Mai 80, Septbr. 71. Rüböl Mai 42⅛, Herbst 40⅛.

London, 22. Januar. **Getreidemarkt** (Schlußbericht). Englischer Weizen zu unveränderten Preisen, fremder beschränkt aber volle Preise.

London, 22. Januar. Silber 61½. Consols 92 15/16. 1% Spanier 42¾. Mexikaner 29⅛. Sardinier 77½. 5% Russen 98. 4½% Russen 92.

Der Dampfer „Etna" ist aus Newyork eingetroffen.

Liverpool, 22. Januar. **Baumwolle**: 5000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert.

Producten-Markte.

Danzig, den 23. Januar. **Bahnpreise**.

Weizen gut bunt, fein und hochbunt 125/26—127/28—129/31—132/34 *℔* nach Qualität 87½/90 — 91½/93½ — 95/100 — 101½/105 *Sgr.*; ord. bunt, dunkel und hell, fehlerhaft 120/122—123—125/7 *℔* n. Qual. 70/75/80—82/83½/85 *Sgr.*

Roggen, ganz schwerer 60½, leichterer 60 — 59/58 *Sgr.* pr 125*℔*.

Erbsen, Futter- von 50—55/56, gute Koch- 57½—58, vorzüglich schön trocken und rein bis 60 *Sgr.*

Gerste kleine 102/103—110/111*℔* von 38/39—42½/43 *Sgr.*, große 108/9—112/15*℔* von 41/42—43/45 *Sgr.*

Hafer von 26/27—29/30 *Sgr.* nach Qual.

Spiritus 17 5/12 *Rt.*

Getreide-Börse. Wetter: milde. Wind S.

Für Weizen war am heutigen Markte eine recht rege Kauflust bemerkbar, es sind im Ganzen 100 Lasten umgegangen und die bezahlten Preise erwiesen sich im Verhältniß gegen gestern zu Gunsten der Verkäufer. Bezahlt ist für 128/9*℔* hell aber blauspitzig *fl.* 490 pr 85*℔*; 127*℔* bunt bezogen *fl.* 515; 127, 128*℔* alt bunt krank *fl.* 525, 526; 129*℔* desgl. *fl.* 535; 129*℔* alt bunt, etwas besser, *fl.* 546; 125/6*℔* frisch bunt etwas bezogen *fl.* 555; 127*℔* bunt *fl.* 564; 128/9*℔* dunkler *fl.* 565; 130*℔* hochbunt *fl.* 600 pr 85*℔*; 131*℔* desgl. *fl.* 600; 132/3*℔* glasig *fl.* 618; 131/2*℔* fein hochbunt *fl.* 620.

Roggen *fl.* 360 pr 125*℔* bezahlt. Auf Lieferung pr Juni-Juli sind 100 Lasten à *fl.* 355, auf 4 Wochen nach Eröffnung der Schifffahrt 30 Lasten à *fl.* 370, alles pr 125*℔* gehandelt.

Weiße Erbsen *fl.* 339, 354; graue Erbsen *fl.* 420.

Spiritus zu 17 5/12 *Rt.* gekauft.

Berlin, 22. Jan. Wind: S. Barometer: 28₂. Thermometer: früh 3° —. Witterung: mildere Luft.

Weizen pr 25 Schffl. loco 64 — 82 *Rt.* — **Roggen** pr 2000 *℔* loco 52½—53 *Rt.*, do. Jan. 52⅜, ⅝ *Rt.* bz., ¾ B., ½ G., Jan.-Febr. 52⅛, ½ *Rt.* bez. u. B., ⅜ G., Febr.-März 52 *Rt.* bz., Frühj. 51½, ⅜, ⅝ *Rt.* bez., 52¾ Br., ½ G., Mai-Juni 51¾, 52 *Rt.* bez. u. Br., 51¾ G., Juni-Juli 52⅛ *Rt.* bez. — **Gerste** pr 25 Schffl. große 36—40 *Rt.* — **Hafer** loco 22 — 26 *Rt.*, pr 1200*℔* Jan. 23¾ *Rt.* B., do. Jan.-Febr. 23¾ *Rt.* B., do. Febr.-März 23¾ B., Frühj. 23¾ *Rt.* bz., do. Mai-Juni 24¼ *Rt.* B.

Rüböl pr 100*℔* ohne Faß loco 12½ *Rt.* B., Jan. 12½ *Rt.* bez. u. B., 11/24 G., Jan.-Febr. 12½ *Rt.* bez. u. B., 11/24 G., Febr.-März 12½ *Rt.* bz. u. B., 11/24 G., April-Mai 12½ *Rt.* bez., B. u. G., Mai-Juni 12 8/24 *Rt.* bez. u. B., 12½ *Rt.* G.

Spiritus pr 8000 % loco ohne Faß 17⅝, ¾ *Rt.* bez., do. Jan. 18 *Rt.* bez., B. u. G., do. Jan.-Febr. 18 *Rt.* bez., B. u. Gd., do. Febr.-März 18 1/12, ½4 *Rt.* bez. u. G., 18 1/12 B., do. März-April 18¼ *Rt.* bez., April-Mai 18 7/12 18½, 13/24 *Rt.* bez., 7/12 B., ½ G., Mai-Juni 8¾, ⅔ *Rt.* bz., B. u. G., Juni-Juli 19, 18 11/12 *Rt.* bz. u. G., 19 B., Juli-August 19⅛, ⅛ *Rt.* bz.

Mehl. Wir notiren für: Weizenmehl Nr. 0. 5 — 5¼, 0. u. 1. 4¾ — 5 *Rt.*, Roggenmehl Nr. 0. 3 11/12—4⅙, Nr. 0. u. 1. 3½—3⅚ *Rt.*

Köln, 21. Januar. **Wetter**: Schnee. **Rüböl**: Termine niedriger; eff. in Part. v. 100 *Ctr.* 14,5 B.; pr Mai 13,7 bz., 13,7 B., 13,13/20 G.; pr. Octbr. 13,6 B., 13,5 G. — **Leinöl**: unverändert; eff. in Part. v. 100 *Ctr.* 12,4 B. — **Spiritus**: unverändert; exportfäh. 80% Tr. eff. in Part. v. 3000 Qu. 22 B. — **Weizen**: Termine fester; eff. hiesige 8⅛ B.; fremder 7 11/12 à 8 1/12 B.; per März 7,25 B., 7,24½ G.; p. Mai 8,1 bz., 8,1½ B., 8,1 G.; p. Juni 8,3 B.; pr. Juli 8,5 Br., 8,3 G. — **Roggen**: p. März niedriger; eff. 6 7/12 B.; gedörrt 7 7/12 B.; pr. März 6,6½ bz., 6,7 B., 6,6 G.; p. Mai 6,10 B., 6,9 G.; **Gerste**: unverändert, hiesige eff. 5 B.; dito oberl. eff. 6 B. — **Hafer**: unverändert; eff. 4,7/12 B.; p. März 4,16 B., 4,5/12 G.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 23. Januar. Wind S. — 3°.
Nichts in Sicht.
Soweit man sehen kann, ist die See frei von Eis.

Fonds-Börse.

* **Danzig**, 23. Januar. London 3 Monat 6. 19¾ Br., Hamburg 2 Monat 150 Br. Amsterdam 2 Mon. 141¼ bez. Staatsschuldscheine 90 Br. Pfandbriefe 3½ % 87 Br. do. 4 % 98 Br. Anleihe 4½ % 103 Br.. do. 5 % 108½ Br.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationsschule zu Danzig.

Jan.	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
22	3½	339,04	— 2,0	SSO. schwach; bezogen.
23	9	338,93	— 0,8	S. frisch; do.
	12	339,18	— 0,3	S. do. do.

Produktenmärkte.

Königsberg, 22. Jan. (K. H. Z.) O. — 2. Weizen etwas fester, hochbunter 127—30# 93—98½ Sgr., bunter 125# 88 Sgr., rother 128—29# 93½—94½ Sgr. bz. — Roggen behauptet, loco 120—22—26# 58—59—62½ Sgr. bz., Termine unverändert, 120# pr Januar 58 Sgr. B., 57 Sgr. G., 80# pr Frühjahr 61½ Sgr. B., 60 Sgr. G., 120# pr Mai-Juni 60 Sgr. B., 59 Sgr. G. — Gerste unverändert flau, große 100—110# 36—45 Sgr., kleine 95—106# 34—40 Sgr. — Hafer fest, loco 68—74# 24½—29½ Sgr. — Erbsen unverändert, weiße Koch- 58—61½ Sgr., Futter- 45—53 Sgr., graue 68 Sgr. bz., grüne 60—82 Sgr. bz. — Bohnen 61 Sgr.

Spiritus. Den 22. loco Verkäufer 18 Rℓ., Käufer 17½ Rℓ., ohne Faß; loco Verkäufer 19⅙ Rℓ. mit Faß; pr Jan. Verkäufer 18 Rℓ. ohne Faß; pr Frühjahr Verkäufer 20⅛ Rℓ. Käufer 19⅚ Rℓ. mit Faß pr 8000 % Tralles.

Hamburg, 21. Januar. Getreide. Weizen in loco fand nur beschränktes Geschäft zu gestrigen Preisen statt, ab auswärts halten zwar Inhaber fest, es zeigt sich jedoch keine Kauflust — Roggen in loco fest, ab Stettin per April/Mai 122pf. 88½ à 89½ Rℓ. Bco. bezahlt, ab Königsberg 80pf. per Frühjahr zu 88 89 Rℓ. Bco. einzeln Käufer und Verkäufer. — Rüböl matt. per Mai 27 #. per October 26 #. — Caffe. Die letzte Rio-Depesche meldet sehr kleine Abladungen für hier, so daß sich der Markt dadurch wesentlich fester stellte. Von London wurde der Abschluß von 5 Ladungen Domingo — zu besseren Preisen für Belgien gemeldet und bezahlte man in Folge dessen gutschmeckende Caffees 1/16 à ⅛ ß. höher. Verauft vom 18—21. d. Mts.: 7000 S. Rio- und Santos- zu 5 à 7¾ ß., 6700 S. Rio- schwimmend per „Marie Lucie" zu 6⅝ ß. — Zucker wird fest auf letzte Preise gehalten, seit Freitag wurden ca. 6—800 K. Havana- begeben. — Zink stille. — Baumwolle bei schwacher Frage etwas niedriger erlassen. — Salpeter gänzlich unbeachtet. — Harz und Terpentinöl. Umsätze kamen nur sehr vereinzelt vor, doch können wir in den Preisen keine Veränderung berichten.

Amsterdam, 20. Jan. Von Roggen wurden heute blos verkauft auf Lieferung in März und Mai fl. 233, in Octbr. fl. 215. Kohlsaat 1 £ niedriger, auf 9 Faß in April 80½ £. Von Leinsaat in Versteigerung verkauft 102, 103# königsb. fl. 8½, ¾, ⅞ pr. Mud. Rüböl eff. wie früher auf Lieferung flauer, auf 6 Wochen fl. 44¼, fliegend fl. 43, Mai fl. 42½—¼ Septbr., Oct., Novbr. und Decbr. fl. 40½—¼, in der Stadt fl. 44¼. Leinöl eff. und auf Lieferung unverändert, auf 6 Wochen fl. 35¾, fliegend fl. 34½, März, April und Mai fl. 34¼.

Von der N.-H.-M. sind auf den 13. Febr. in Versteigerung angekündigt 312 Stück getrocknete und 7000 gesalzene Buenos-Ayres-Häute.

London, 20. Januar. (Begbie, Young & Begbies.) Wir haben in voriger Woche von Weizen, Mehl, Gerste und Hafer eine beträchtliche Zufuhr erhalten; was von Weizen und Mehl angebracht worden ist, kommt großentheils aus amerikanischen Häfen. Von englischem Weizen war heute wieder eine ungewöhnlich geringe Anfuhr am Markte, und Umsätze gingen zu letzten Montagspreisen vor sich. Der Begehr nach fremdem Weizen beschränkt sich großentheils auf amerikanische Waare, für welche Inhaber, bei nicht unbeträchtlichen Verkäufen, Preise bedangen, welche in voriger Woche nicht willig zugestanden wurden. Mehl ging nur langsam ab, wenn auch in einigen Fällen 6d pr Quarter mehr dafür gemacht ward, als die vor acht Tagen acceptirten niedrigeren Raten. Gerste, bei schleppendem Umsatz, eher niedriger im Preise. Hafer wenig gefragt, und, mit Ausnahme feinster Sorten, ebenfalls eine Kleinigkeit wohlfeiler. Bohnen und Erbsen ohne Veränderung. Das Geschäft mit schwimmenden Ladungen war seit Freitag still und fanden nur beschränkte Umsätze, zu ungefähr letzten Raten, statt. Verkauft ist: Amerikanischer rother Winter-Weizen zu 59s pr 480#, Taganrog Ghirka Weizen zu ungefähr 51s 6d pr 492# und egyptische Gerste zu 26s pr 400#; incl. Fracht und Assecuranz.

Butter.

Berlin, 21. Jan. (B.- u. H.-Z.) Das Geschäft in Butter ging vergangene Woche noch sehr flau, die Zufuhren aus allen Gegenden vermehrten sich, und erfuhren Preise wieder einen wesentlichen Rückgang. — Man notirte für: Feine u. feinste Mecklenb. Butter 34—36 Rℓ., Priegnitzer u. Vorpomm. 30—33 Rℓ., Pommersche und Netzbrücher 26½—28½ Rℓ., Elbinger und Graudenzer 25—27 Rℓ., Schlesische diverse in Tonnen 25½—26½ Rℓ., do. Kübel- 25—27 Rℓ., Glatzer Kübel- pr 18 Quart 9½—9⅔ Rℓ., Thüringer, Hessische und Baierische 27—31 Rℓ., Galizische, Mährische und Böhmische 22—25 Rℓ., Ostfriesische 30—32 Rℓ. Pesther Stadtschmalz 22—22½ Rℓ., do. Land- 21—22 Rℓ., Amerikanisches bestes Schmalz 20—21 Rℓ., secunda 19—20 Rℓ. Pflaumenmuß 7—9½ Rℓ.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Berliner Börse vom 22. Januar 1862.

Eisenbahn-Actien.

	Dividende pro 1860.	Zf.	
Aachen-Düsseldorf	—	3½	84 bz
Aachen-Mastricht	—	4	22⅞ bz
Amsterdam-Rotterd.	5	4	89 bz
Bergisch-Märk. A.	5⅓	4	104¾—104½ bz
„ „ B.	4	4	89 bz
Berlin-Anhalt	6½	4	132½ bz
Berlin-Hamburg	6¾	4	115 bz
Berlin-Potsd.-Mgdb.	9	4	153—53½ bz u G
Berlin-Stettin	6¼	4	127 bz
Bresl.-Schw.-Freib.	5½	4	115¾ bz
Brieg-Neiße	2⅛	4	53¾ G
Cöln-Minden	10½	3½	163½—165 bz
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	—	4	37 bz
do. Stamm-Pr.	4½	4½	82½ G
do. do.	5	5	85 bz
Ludwigsh.-Bexbach	9	4	129 bz
Magdeb.-Halberstadt	18⅔	4	256 B
Magdeb.-Wittenb.	2	4	44—45½ bz
Mainz-Ludwigshafen	5¾	4	114¾ bz
Mecklenburger	2⅛	4	53¾—54½ bz
Münster-Hammer	—	4	96½ G
Niederschl.-Märk.	—	4	98 B
Niederschl. Zweigbahn	½	4	39—40 bz
„ Stamm-Pr.	5	5	— —
Nordb., Friedr.-Wilh.	2¼	4	56¼—57⅛—56⅝ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	7 1/30	3½	131 bz u G
„ Litt. B.	7 1/30	3½	116½ bz
Oester.-Frz.-Staatsb.	7	5	132—½ bz
Oppeln-Tarnowitz	¾	4	34¾ bz u G
P. W. (Steele-Vohw.)	2	4	55 G
Rheinische	4½	4	92 bz
do. St.-Prior.	4½	4	98⅓ G
Rhein-Nahebahn	—	4	24 bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	—	3½	84 bz
Stargard-Posen	—	3½	90½ bz
Thüringer	6½	4	111½ bz

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Aachen-Düsseldorf	4	90 bz
do. II. Emis.	4	89 bz
do. III. Emis.	4½	97 G
Aachen-Mastricht	4½	— —
Aach.-Mastricht II.	5	67¾ bz
Bergisch-Märk.	5	101½ bz
do. do. II.	5	101 bz
do. do. (1855)	5	103¼ G
do. do. III.	3½	83 bz
do. do. IV.	5	104 G
do. Düss.-Elb.	4	91½ G
do. do. II.	5	— —
do. Drt.-Soest	4	90¾ bz
do. do. II.	4½	98½ B
Berlin-Anhalt	4	99¼ G
do. do.	4½	102¼ G
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. do. II.	4½	— —
Berl.-Pots.-Mgdb. A.	4	96⅝ bz
do. do. B.	4	— —
do. do. C.	4½	102 G
do. do. D.	4½	101½ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. do. II.	4	94⅝ bz
do. do. III.	4	94⅝ bz
Bresl.-Schweidn.-Freib. Litt. D.	4½	100¾ G
Cöln-Crefeld	4½	96½ bz
Cöln-Minden	4½	101¾ G
do. do. II.	5	104½ B
do. do.	4	93¾ G
do. do. III.	4	91 bz
do. do.	4½	101 G
do. do. IV.	4	90 bz
Cosel-Oderberg	4	87 bz
do. do. III.	4½	— —
Magd.-Halberst.	4½	102¾ B
Magd.-Wittenb.	4½	99 G
Niederschl.-Mrk.	4	96½ bz
do. do. conv.	4	96 bz

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	
Niederschl.-M. III.	4	95 B
do. do. IV.	4½	101¼ G
Nordb., Fr.-Wilh.	4½	102½ bz u G
Oberschl. A.	4	— —
do. B.	3½	86½ B
do. C.	4	— —
do. D.	4	94½ bz
do. E.	3½	82⅞ bz
do. F.	4½	101 bz
Oesterr.-Franz.	3	261½ a 261 bz
Pr.-Wilh. I.	5	101¼ G
do. do. II.	5	101¼ G
do. do. III.	5	101 G
Rheinische	4	91 G
do. v. St. gar.	3½	— —
do.	4½	95½ bz
Rhein-Nahe, gar.	4½	99½ bz
do. II. Em. gar.	4½	99¾ bz
Ruhr. Cref. K. G.	4½	— —
do. do. II.	4	— —
do. do. III.	4½	96½ G
Stargard-Posen	4	— —
do. do. II.	4½	100½ G
do. do. III.	4½	100 G
Thüringer	4½	102¼ G
do. II.	5	— —
do. III.	4½	102¼ bz
do. IV.	4½	101½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4	102¾ bz
Staatsanl. 1859	5	108 bz
Staatsanl. 50/52 54, 55, 57 u. 59	4½	103 bz
do. 1856	4½	103 bz
do. 1853	4	99¾ bz
Staats-Schuldf.	3½	89¾ bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	121¼ bz
Kur- u. N. Schld.	3½	89 bz

Preußische Fonds.

Berl. Stadt-Obl.	4½	102¾ G
do. do.	3½	87½ bz
Börsenh.-Anl.	5	106¾ B
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	93 bz
do. neue	4	101 bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	87¾ G
do. „	4	98¾ B
Pommersche „	3½	91¼ B
do. „	4	100⅜ bz
Posensche „	4	103¼ G
do. neue	3½	98 bz
do. do.	4	95½ bz
Schlesische „	3½	94¼ G
Westpreuß. „	3½	87¼ bz
do. neue „	4	98¾ bz
Kur- u. N.-Rentbr.	4	99⅞ bz
Pommer. Rentbr.	4	99⅝ G
Posensche „	4	97½ bz
Preußische „	4	99⅜ B
Westfäl.-Rh. „	4	99¼ B
Sächsische „	4	99¾ bz
Schlesische „		99¾ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	48¼ B
do. Nat.-Anl.	5	59⅜—½ bz u G
Neueste Oest. Anl.	5	63¼—½ bz
Oesterr. Pr.-Obl.	4	63¼ B
do. Eisb.-Loose	—	59¾ et bz u B
Insk. b. Stg. 5. A.	5	84¾ et bz u G
do. do. 6. Anl.	5	98⅜ G
Englische Anl.	5	96 B
Neue do. do.	3	59 B
Neueste do. do.	4½	89¾ G
Russ. Pln. Sch.-O.	4	79¾ bz
Cert. L. A. 300 Fl.	5	94¼ G
do. L. B. 200 Fl.	—	23½ G
Pfdbr. n. in S.-R.	4	84¾ B
Part.-Obl. 500 Fl.	4	92 G
Hamb. St. Pr.-A.	—	98¼ G
Kurhess. 40 Thlr.	—	53 bz

Ausländische Fonds.

R. Badens. 35 Fl.	—	31 G
Dessauer Pr.-A.	3½	101½ G
Schwd. 10 Thl.-L.		10 B

Wechsel-Cours vom 21. Januar.

Amsterdam kurz	4	142⅛ bz
do. 2 Mon.	4	141⅛ bz
Hamburg kurz	—	150⅞ bz
do. 2 Mon.	4	150¼ bz
London 3 Mon.	2½	6 20 bz
Paris 2 Mon.	5	79½ bz
Wien Oester. W. 8 T.	5½	71⅛ bz
do. do. 2 M.	5½	70¼ bz
Augsburg 2 Mon.	3	56 24 G
Leipzig 8 Tage	4	99⅝ bz
do. 2 Mon.	4	99½ bz
Frankfurt a. M. 2 M.	3½	56 26 G
Petersburg 3 Woch.	7	92⅛ bz
do. 3 Mon.	7	91⅛ bz
Warschau 8 Tage	5	84⅛ bz
Bremen 8 Tage	3½	109¾ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

	Dividende pro 1860.	Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	5⅓	4½	121 B
Berl. Kassen-Verein	5	4	115 G
Pom. R. Privatbank	4	4	82½ bz
Danzig	5½	4	96¾ G
Königsberg	3½	4	94 G
Posen	5 1/10	4	92 bz
Magdeburg	3⅓	4	85 G
Disc.-Comm.-Antheil	5⅓	4	89 Kl bz
Berliner Handels-Ges.	5¼	4	78¾ G
Schles. Bankverein	5	4	88 bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bkn. m. R.	99 9/10 G	Louisd'or	109¾ bz
„ ohne R.	99⅓ G	Sovereigns	6 20½ G
Oest.-östr. W.	71¼ bz	Goldkronen	9. 6 G
Poln. Bankn.	84¼ G	Gold pr. Zollpf.	458 bz
Dollars	1 11⅛ G	Silber	29 21 G
Napoleons	5 9⅜ bz		

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.